

Presseinformation

Sehr geehrte Damen und Herren,

an der heutigen Mahnwache vor der NRW-Staatskanzlei in Düsseldorf haben sich rund 150 Personen beteiligt. Der Protest richtet sich gegen die schwachen und unverbindlichen Vereinbarungen der Groko-UnterhändlerInnen zum Atomausstieg, zum Braunkohle-Ausstieg und zum Klimaschutz. Die Initiativen und Verbände sind besonders verärgert über NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU), der zugleich Chefunterhändler der CDU bei den Groko-Verhandlungen in Berlin ist. Fakt ist, dass sich weder CDU und SPD dazu durchringen wollen, die selbstgesteckten Klimaschutzziele für 2020 durch eine dringend notwendige Stilllegung besonders dreckiger Kohlekraftwerke noch zu erreichen. Fakt ist auch, dass weder CDU und SPD bereit sind, zum Schutz der Bevölkerung den Atomausstieg in Deutschland zu beschleunigen und die Urananreicherung in Gronau sowie die Brennelementefertigung in Lingen zu beenden.

Weitere Hintergrundinformationen in der Gemeinschafts-Pressemitteilung von gestern (5.2.2018) unter

<http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202018/05.021.18.pdf>

MfG

Udo Buchholz, BBU-Vorstandsmitglied

6.2.2018